

Die weltweite Einkommensverteilung: Die letzten 40 Jahre und die Perspektiven

von: Franz Garnreiter, 22.11.2015

Bis vor wenigen Jahrzehnten war die weltweite Einkommensverteilung noch "in Ordnung", sie entwickelte sich in den bekannten Bahnen: hier die reichen Länder mit einem hohen Durchschnittseinkommen, dort die armen Länder (als "Dritte Welt" bezeichnet) mit einem niedrigen. Und dieser Abstand reich - arm stieg seit Jahrhunderten beständig an.

Seit 20 Jahren allerdings wird dieses vertraute Bild durch neue Nachrichten gestört: Hohe Zuwachsraten für Luxusautos in Peking, Nairobi, Tallinn. Spitzen-Quadratmeterpreise für Wohnanlagen in den Hauptstädten sehr armer Länder. Besonders starke Zunahme der Anzahl der Millionäre und gar der Milliardäre in China, Indien und anderswo, sogar empor strebende Mittelschichten. Die spektakulärsten Wolkenkratzer, Brücken usw. werden im Süden der Welt gebaut. Und auf der anderen Seite: Steigende Arbeitslosigkeit und ganz besonders steigende Langzeitarbeitslosigkeit in den reichen Ländern. Anstieg der Anzahl der US-Amerikaner, die von weniger als 2 Dollar pro Tag leben müssen, auf 1,5 Millionen: plus 130 % zwischen 1996 und 2011. Für 15 % der US-Amerikaner gilt die Lebensmittelversorgung als nicht gesichert, trotz Lebensmittelmarken. Die Säuglingssterblichkeit in den USA liegt höher als in vielen Entwicklungsländern. Das UNDP, das Entwicklungsprogramm der UNO, schreibt dazu: "Man kann behaupten, dass es einen 'Süden' im Norden und einen 'Norden' im Süden gibt". Und: "An die Stelle eines Zentrums aus Industrieländern und einer Peripherie von weniger entwickelten Ländern tritt ein komplexeres und dynamischeres Umfeld".

Was ist da los? Den Hintergrund für den Zerfall der bisherigen "Ordnung" in der Verteilung von Einkommen und Lebenschancen bildet die **Neugestaltung der Weltwirtschaft** in den letzten Jahrzehnten:

- Den Kern der Globalisierung bilden die fortschreitende wirtschaftliche Öffnung der Länder für internationalen Handel und Kapitalverlagerungen und die daraus resultierenden Erfolge der großen multinationalen Konzerne, weltweit die günstigsten Produktionsmöglichkeiten und -standorte für sich zu nutzen. In diesem Rahmen ergreifen einige große Schwellenländer, China vornedran, ihre Chance, wirtschaftlich aufzuholen; sie wollen sich nicht mehr mit einer Marginalrolle in der Weltwirtschaft abfinden. Den meisten Ländern aus der "Dritten Welt" gelingt das allerdings nicht, viele von ihnen fallen sogar zurück.
- Die reichen mächtigen Länder sehen angesichts ihres niedrigen Wirtschaftswachstums der letzten Jahre/Jahrzehnte ihren Vorsprung und ihre Macht und Überlegenheit in Gefahr geraten, v.a. ihren gesicherten Rohstoffbezug und ihre Absatzgebiete. Sie versuchen mit allen einsetzbaren Mitteln, vom Festlegen der Weltwirtschaft und des Welthandels auf ihnen günstig erscheinende Regeln bis hin zum Einsatz von Militärgewalt, ihre Vormacht aufrecht zu erhalten. Dazu gehört auch die Konzentration ökonomischer Ressourcen (Einkommen und Vermögen) an

der Spitze (von "Kriegskasse" sprechen die Konzerne). Die Steuerpolitik ist ein probates Mittel hierfür.

- Beide Entwicklungen führen zur Durchdringung der Ökonomien aller Länder mit Markt und Marktmacht, mit Konkurrenzsiegen und Chancenlosigkeit. Das führt zur Frage: Wo sind die Gewinner der Globalisierung zu finden und wo die Verlierer? Was ist mit den Milliarden Menschen in den schwachen, kleinen armen Ländern, und was ist mit den vielen Hundert Millionen, die in den reichen Ländern immer weniger mit der Konkurrenz mithalten können? Die Länder werden in die Weltwirtschaft integriert, es gibt keine abgetrennten isolierten Ökonomien mehr, und gleichzeitig werden Menschen ausgegrenzt: durch Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, ungesicherte Existenz, niedriges Bildungsniveau.

Das isw diskutiert diese Fragen - Wie sieht die weltweite Einkommensverteilung aus? Wie hat sie sich entwickelt? Was sind wichtige Faktoren, die sie gestalten? Was sind ihre Perspektiven? - ausführlich in einem im **November 2015** erschienenen Bericht, dem **isw-forschungsheft 5: Globale Einkommensverteilung. Entwicklung seit 1980 und Perspektiven**. Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen dieses Heftes.

1. Verteilungsstudien: Wichtig, aber kompliziert

Diese Fragen sind nicht nur im Kämmerchen des Statistikers interessant, sondern sie sind wesentlich für das gesellschaftliche Zusammenleben: Die britischen Autoren Wilkinson und Pickett stellen in einer großen Untersuchung fest, dass das soziale, psychische und physische Wohlbefinden der Menschen in einer Gesellschaft nur in den armen Ländern und in den Schwellenländern stark vom materiellen Lebensstandard abhängt. In reichen Ländern dagegen (OECD) besteht keinerlei Zusammenhang zwischen dem nationalen **Einkommensdurchschnitt** und der Zufriedenheit der Menschen. Dagegen beweisen die beiden Autoren einen sehr klaren und deutlichen Zusammenhang zwischen dem Grad der **Ungleichverteilung** des Einkommens und dem **Wohlbefinden** der Menschen (z.B. Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, psychische Erkrankungen, Drogensucht, Bereitschaft zum Vertrauen in andere). Je ungleicher Wirtschaft und Gesellschaft sind, desto schlechter geht es den Menschen. Das muss ein zentraler Gesichtspunkt für eine Verteilungspolitik sein.

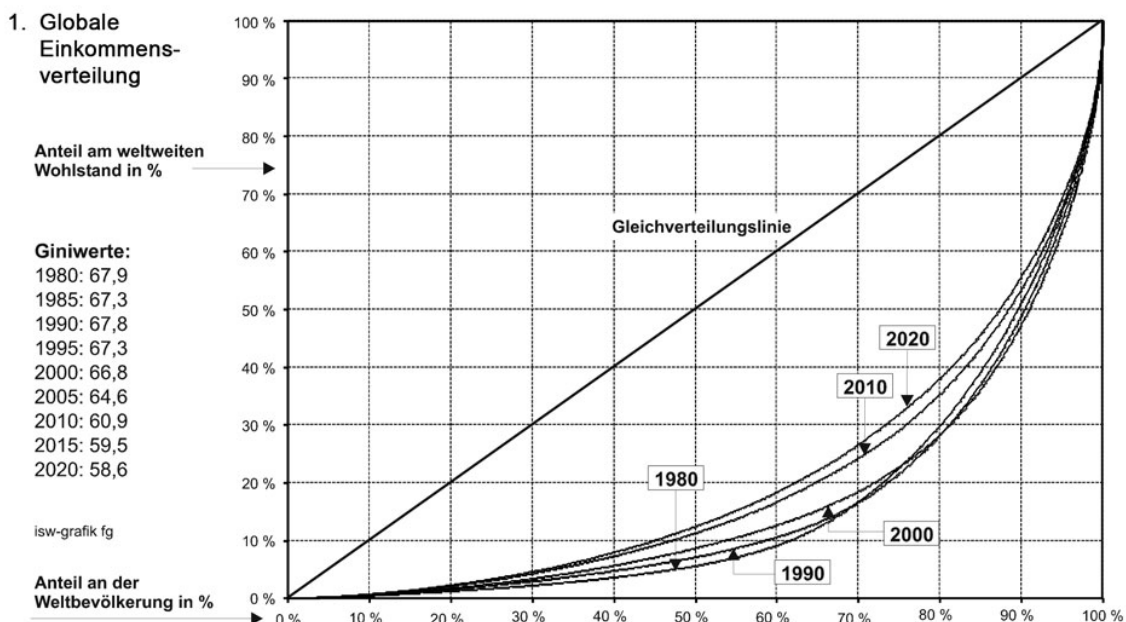
Die Erarbeitung einer Einkommensverteilung stellt sehr hohe Anforderungen an die Erfassung und Aufbereitung statistischer Daten. Es reicht nicht, die Lohnsummen und die Profitsummen in den Unternehmen zu addieren. Das Ausgangsmaterial beruht auf Umfragen: Solche Umfragen zum individuell verfügbaren Einkommen (Nettogehalt, Nettogewinne, Transfereinkommen wie Rente oder Hartz IV) liefern aber - auch wenn es nicht das Finanzamt ist, das fragt - eher unzuverlässige Ergebnisse. Sie sind häufig mit den systematischen Problemen behaftet,

- dass viele aus der armen Bevölkerung nicht befragt werden (Heim-, Kasernen- und Gefängnisbewohner, Obdachlose, Nomaden, Indigene),
- dass viele aus der reichen Bevölkerung nicht teilnehmen (sie beteiligen sich an den freiwilligen Umfragen nur selten, oft werden sie deshalb schon gar nicht befragt),
- dass die sehr hohen Einkommen häufig völlig unzulänglich erfasst werden (neben

mangelnder Teilnahme auch absichtliche Unterschätzung der Einkommen) So zeigen neue gründliche Untersuchungen, dass entgegen der regierungsoffiziellen Darstellung die Einkommen in Deutschland auch in den letzten Jahren auseinander drifteten. Die wesentliche Ursache hierfür ist, dass die stark steigenden Kapitaleinkommen in den Umfragen oft nur zu 10 % erfasst wurden (SZ, 2. 11. 2015.).

Ein Teil dieses Problems kann mit Kontrollrechnungen und mit Hilfe anderer Statistiken korrigiert und behoben werden. Es bleibt aber die begründete Vermutung, dass die Ergebnisse von Verteilungsrechnungen die tatsächliche Einkommensverteilung nur mehr oder weniger geschönt wieder geben. Allerdings haben wir keine bessere Empirie.

2. Die globale Verteilung 1980 bis 2020



Die **Grafik 1** zeigt den Stand und die Entwicklung der weltweiten Einkommensverteilung in 10-Jahres-Schritten von 1980 bis 2020. Bis 2010 liegen den Verteilungen Istwerte zugrunde, die Kurve für 2020 beruht auf der Wirtschaftsprognose des IWF und einer vorsichtigen Fortschreibung der nationalen Konzentrationen. Die angeführten Giniwerte sind Kennwerte für den Grad der Einkommenskonzentration: ein Gini von 0 bedeutet völlige Gleichverteilung der Einkommen, ein Gini von 100 bedeutet extremste Ungleichverteilung: einer hat alles und alle anderen haben nichts.

Anhand der Kurve für 2010 kann man sehen, dass die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen etwa 11 % des gesamten Einkommens der Welt erhält, die reichere Hälfte also 89 %. Das reichste Zehntel der Weltbevölkerung erhält knapp 47 %, das ärmste Zehntel nur 0,7 % des Welteinkommens. Je ein Viertel des Welteinkommens erhalten die ärmsten 71 % der Weltbevölkerung, dann die daran anschließenden 18 % und 8 % und schließlich die reichsten 3 %.

Die Detailrechnungen ergeben darüber hinaus für das Jahr 2010: Die meisten

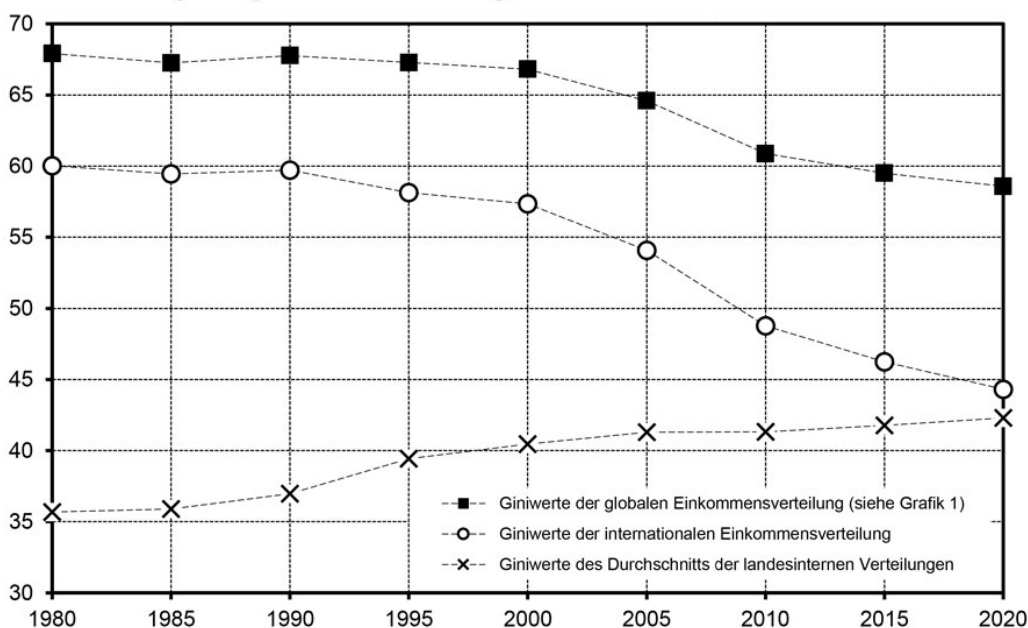
Deutschen befinden sich in der Spitze der weltweiten Einkommenspyramide: Die einkommensreichsten 80 % der Deutschen gehören zu den einkommensreichsten 15 % der Welt, die reichsten 50 % der Deutschen sogar zu den 9 % Weltreichsten. Ganz anders sieht es für die armen Länder aus: Zur ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung gehören 82 % der Südasiaten (80 % der Inder und Pakistani, über 95 % der Bangladeschis), dazu auch 48 % der Ostasiaten (43 % der Chinesen), 35 % der Lateinamerikaner, 90 % der Afrikaner südlich der Sahara (80 % der Nigerianer, über 95 % der Äthiopier, Ugander, Tansanier, 60 % der Südafrikaner), 20 % der Osteuropäer incl. Ex-UdSSR (10 % der Russen, 35 % der Ukrainer), aber nur vereinzelte aus den reichen Ländern (das ist Westeuropa, Nordamerika, Japan, Korea, Australien).

In den 40 Jahren nach 1980 hat sich die Einkommensverteilung deutlich verschoben. Das betrifft nicht so sehr die Verhältnisse an den beiden Rändern. Der Anteil der ärmsten 10 bis 15 % der Weltbevölkerung am Welteinkommen (etwa 1 %) erhöhte sich nur ganz, ganz langsam und sehr geringfügig. Die ärmsten 5 % (heute etwa 700 Millionen) erhalten gleichbleibend nur 0,2 %. Ähnlich die Einkommensreichsten an der Spitze: Der Anteil der Top 2 % der Weltbevölkerung verharrt bei geringen Schwankungen bei etwa 20 % des Welteinkommens, der des Top ¼ % bei etwa 8 %. Aber in der Mitte der Verteilung tat sich viel: Wenn man etwa das dritte Viertel nimmt (die Gruppe, von der aus betrachtet die Hälfte der Menschen ärmer und ein Viertel reicher ist), dann erhielt diese Gruppe 1980 noch 17 % des Welteinkommens, 1990 und 2000 nur noch 14 %, aber anschließend stieg/steigt ihr Anteil auf fast 20 %. 1980 bestand diese Gruppe, in etwa eine Art "Mittelschicht" der Weltbevölkerung, noch vorwiegend aus Lateinamerikanern, Afrikanern und Osteuropäern. Fast alle Asiaten lagen darunter. Dann kamen die "verlorenen Jahrzehnte" für die Lateinamerikaner und Afrikaner sowie der Systemwechsel in Osteuropa, der dort eine flächendeckende Verarmung und eine massive Einkommensspaltung nach sich zog. Die meisten Menschen in diesen Ländern verarmten relativ zum Weltdurchschnitt. Dagegen kam ab Ende des letzten Jahrhunderts der spektakuläre Aufschwung von China, im Gefolge auch andere ost- und südasiatische Länder wie Indien. Beträchtliche Teile der Weltbevölkerung konnten ein überdurchschnittliches Einkommenswachstum erzielen; die neue "Mittelschicht" setzt sich heute vorwiegend aus Asiaten zusammen; Afrikaner südlich der Sahara sind nur noch in geringen Anteilen vertreten.

Für eine feinere Diskussion der Lage und der Entwicklung der Verteilung müssen wir sehen, dass sich die weltweite Verteilung aus zwei Komponenten zusammensetzt:

- den einzelnen **nationalen Verteilungen** in den rund 200 Ländern, die völlig unterschiedlich sind (die Giniwerte streuen von rund 20 bis rund 70, von Schweden bis Südafrika),
- und der Streuung der Einkommensniveaus **zwischen den Ländern**, die Zusammensetzung der Weltgemeinschaft aus durchschnittlich armen und durchschnittlich reichen Ländern (für die Gini-Berechnung ist das die weltweite Verteilung unter der Annahme, dass jeder Mensch das zugehörige nationale Durchschnittseinkommen erhält; ich nenne das die internationale Verteilung).

2. Zusammenwirken der nationalen Verteilungen und der internationalen Verteilung zur globalen Verteilung



Grafi

k 2 zeigt, dass im Zeitraum 1980 bis 2020 die Unterschiedlichkeit der Einkommensniveaus der Länder, also die zweite der beiden genannten Komponenten, viel wichtiger war für die globale, weltweite Verteilung als die jeweiligen nationalen Verteilungen. Das entspricht der bisherigen Grunderfahrung, dass die Welt scharf in reiche und arme Länder gespalten ist. Allerdings nimmt die Dominanz dieser Komponente ab.

In vorkapitalistischer Zeit, also in der Antike und im Feudalismus, war der Großteil der damaligen Gesellschaften auf einem ähnlichen wirtschaftlichen Niveau. Das Durchschnittseinkommen war in all diesen Gesellschaften ähnlich hoch. Die weltweite Einkommensverteilung sah daher nicht viel anders aus als die durchschnittliche nationale Verteilung (die krass gespalten war zwischen einer winzigen adeligen Oberschicht und Massen von extrem Armen). Mit der aufkommenden Kolonialisierung fremder Territorien, der Industrialisierung, der Umwandlung der Gesellschaften in kapitalistische begann vor rund 500 Jahren ein Prozess, der die Länder der Welt in reiche mächtige und in arme machtlose trennte. Über Jahrhunderte stieg das durchschnittliche Prokopfeinkommen in den reichen Ländern schneller als in den armen Ländern. Für die Welteinkommensverteilung wurde diese Spaltung schließlich viel wichtiger und prägender als die nationalen Einkommens-Ungleichheiten.

Die moderne Globalisierung ändert nun diesen seit Beginn des Kapitalismus währenden Trend. Stark gesunkene Transport- und Kommunikationskosten, stark reduzierte Welthandelsschranken (Zölle und andere Maßnahmen), der Konkurrenzkampf der Länder um Ansiedlung von Multi-Töchtern: Dieses Umfeld erlaubte es einigen (!) großen Entwicklungsländern, überdurchschnittlich zu wachsen und in der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuholen. Der Begriff "Schwellenland" war geboren, die BRICS-Länder wurden zusammen gefasst, die G20 wurden gegründet. Dabei sticht China weit heraus und prägt (auch wegen seiner Größe) das Bild: Von 1980 bis 2020 steigt das Bruttonationaleinkommen (in gleicher Kaufkraft) pro Kopf

- in der Welt insgesamt auf das 2,2-fache, in China aber auf das 24-fache, in der restlichen Welt ohne China dagegen nur auf das 1,7-fache;
- in anderen Länder/gruppen ergeben sich folgende Vervielfachungen: Indien 5,6-fach; Brasilien 1,6-fach; andere Entwicklungsländer 1,9-fach (darunter subsaharisches Afrika 1,4-fach); Osteuropa incl. Ex-UdSSR 1,6-fach; reiche Länder 2,1-fach.

Aus dieser Gegenüberstellung wird die herausragende Extrastellung von China deutlich. Weit hinter China zurück, aber gegenüber der restlichen Welt immer noch weit überdurchschnittlich, liegen Indien (39 % aller indischen Kinder sind durch Hunger nicht mehr korrigierbar entwicklungsgestört, ein höherer Anteil als in den vielen afrikanischen Ländern. Indien ist ein Kerngebiet globaler Fehl- und Unterernährung (SZ, 23. 10. 2015).), Vietnam, Korea, Taiwan. Eine Vielzahl von Entwicklungsländern musste sich zwischen 1980 und 2020 mit einem Prokopfwachstum zufrieden geben, das immer noch hinter dem der reichen Länder zurück blieb.

Dieses von China angeführte Aufholen einiger großer armer Länder schlägt sich in einer verringerten Streubreite der Durchschnittseinkommen der Länder der Welt nieder und führt damit zu den in Grafik 2 dargestellten sinkenden Giniwerten für die internationale Verteilung.

Dagegen steht die Entwicklung der jeweiligen **landesinternen Verteilungen**: Im Großteil der Länder erleben die Menschen, dass sich die Ungleichheit der nationalen Einkommensverteilungen im Verlauf der Zeit verschärft. Die wichtigste Ausnahme hiervon sind die lateinamerikanischen Länder: Hier wird etwa seit der Jahrtausendwende die Verteilung überwiegend gleichmäßiger - allerdings auf einem sehr hohen Niveau der Ungleichheit; diese Länder wiesen mindestens noch in den 1990er Jahren die extremst konzentrierten Verteilungen auf. Dagegen bewegten sich die Verteilungen der ostasiatischen, der südasiatischen und der reichen Länder im Durchschnitt in Richtung einer stetig andauernden, kontinuierlichen Verschärfung ihrer Verteilungen. Osteuropäische Länder zeigten zu Beginn mit Abstand die gleichmäßigste Verteilung, machten dann in den 1990er Jahren allesamt einen Riesensprung in Richtung Ungleichheit und verbleiben seither in etwa auf dem erreichten Niveau.

3. **Wie geht es weiter? Sind die besten Zeiten schon vorbei?**

Die armen Länder

In der Geschichte der Wirtschaft gelang eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung vor allem dann, wenn ein handlungskräftiger Staat Branchen und Wirtschaftsbereiche so lange, als sie noch unentwickelt und konkurrenzschwach waren, vor ausländischen Einflüssen, also insbesondere **vor der Weltmarktkonkurrenz, schützen** konnte. Niederlassungen von ausländischen Konzernen wurden nur nach Maßgabe ihrer Nützlichkeit für die heimische Industrialisierung und Entwicklung ins Land gelassen; sie wurden zum Einkauf von Vorleistungen bei heimischen Lieferanten und zur Beschäftigung und Ausbildung von Inländern verpflichtet; Profittransfers in die Zentrale wurden zugunsten von Investitionen im Gastland erschwert. Diese Ziele wurden natürlich je nach Macht und Einfluss des Landes in sehr unterschiedlichem

Ausmaß, meist unzulänglich, erreicht. Natürlich sind zudem erfolgreiche staatliche, gesellschaftliche Anstrengungen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur (vom Straßennetz bis zum zuverlässigen Rechtssystem) unerlässliche Notwendigkeiten für Entwicklung.

Nach dieser Grundkonzeption verfahren die Industrieländer USA und Japan, lateinamerikanische Länder in den 1930er Jahren und nach dem Krieg, ostasiatische Länder von Südkorea über Taiwan bis zu den Tigerstaaten Thailand, Malaysia etc. und schließlich und aktuell vor allem China (Auch für China, das aufgrund seiner überragenden Größe höhere ökonomische Potentiale, höhere Gegenwehr- und Gegendruckmöglichkeiten, eine höhere Marktattraktivität hat als die meisten Entwicklungsländer, war und ist die nachholende Entwicklung kein Selbstlauf: "Ohne den massiven Schutz neuer Industrien, staatlicher Subventionen und den Transfer von Technologien ausländischer Unternehmen in China" [wer kann so etwas schon erzwingen!] "wäre ein Überleben der chinesischen Industrie kaum möglich gewesen." Und: "Nach wie vor existieren Zutrittsbarrieren in den Branchen, in denen die chinesischen Unternehmen noch nicht ausreichend wettbewerbsfähig sind" (Schüller 2015, S. 544f.)). "Es ist kein einziges historisches Beispiel bekannt, in dem ein Staat, der ganz am Anfang seiner wirtschaftlichen Entwicklung stand, sich tatsächlich entwickelt hätte, indem er seine Wirtschaft ungeschützt dem internationalen Wettbewerb aussetzte" (Feyder).

Länder aber, die heute noch nicht entwickelt sind oder die noch kein starkes Schwellenland auf dem Weg zur Entwicklung darstellen, haben es sehr viel schwerer als ihre erfolgreichen Vorgänger. Das Zurückbleiben ist für viele Entwicklungsländer die viel üblichere Erfahrung als das Aufholen. Die Globalisierung führt gerade in den letzten Jahrzehnten mit sich, dass die großen Transnationalen Konzerne (TNK), die Treiber der Weltwirtschaft, viel mächtiger und die Regeln, nach denen die kapitalistischen Länder ihre Weltwirtschaft betreiben, für die armen Länder viel einengender geworden sind. Die großen TNK sind in den letzten Jahrzehnten deutlich stärker gewachsen als die Weltwirtschaft im Durchschnitt; mit ihren internationalen Produktionsnetzen und Zuliefersystemen verfügen sie über wirtschaftliche Beziehungen in die meisten Länder und dort über Lobbyeinfluss. Das bedeutet einfache Exit- und Verlagerungsoptionen und damit können sie die Konkurrenz der Länder um die Produktionsstandorte sehr gut in Zusatzprofite ummünzen. Der Welthandel beruht immer mehr darauf, die konzerninternen internationalen Produktionsstandorte mit den nötigen Vorprodukten und Zulieferungen zu versorgen, die teils aus anderen konzern eigenen Töchtern, teils aus abhängigen Lieferanten stammen - dies unter der Regie der Konzernholding. Mehr als ein Drittel des Welthandels geschieht schon konzernintern.

Die neoliberale, extrem an den Konzerninteressen orientierte **Weltwirtschafts-Ideologie** wurde im Washingtoner Konsens 1989 kodifiziert: Forcierung des "segensreichen" Freihandels als einen Kernpunkt dieser Dogmatik, Öffnung der Länder für den Waren- und Kapitalverkehr, Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen (z.B. für die Profitrückführung) und Handelsbeschränkungen, Ausbau des Patentwesens und Förderung der Monopolisierung des technischen Fortschritts (die "Rechte am geistigen Eigentum" sind Inhalt eines der wichtigsten Verträge der Welthandelsorganisation WTO),

Senkung der Ertragssteuern und der Sozialausgaben, Privatisierungen öffentlicher Unternehmen und der Daseinsvorsorge; schließlich die immer mehr überhandnehmenden Sonderrechte der Konzerne bei der Einklagung von (angeblichen) Profitnachteilen aufgrund von politischen Reformen der Länder (internationale Schiedsgerichte). Die Konzerne sind die eindeutigen Gewinner der neoliberalen Deregulierung, die tatsächlich eine umfassende Regulierung zugunsten ihrer Interessen darstellt. Unter diesen Restriktionen wird eine gezielte Förderung der inländischen Wirtschaft im Rahmen einer staatlichen Entwicklungspolitik letztlich undurchführbar. "Die im Washington Consensus geforderten Maßnahmen zur Strukturanpassung organisierten die Wirtschaft in den Entwicklungsländern grundlegend neu" (Feyder). "Das bestehende WTO-Regime untersagt viele der politischen Maßnahmen, die den Ländern Ostasiens bei ihrem raschen Fortschritt geholfen haben" (UNDP). Mit diesen Maßnahmen nimmt man den Entwicklungsländern viel mehr, als man ihnen an Entwicklungshilfe-Brosamen zurück gibt.

Landwirtschaft: Die weltweite Landwirtschaft arbeitet überwiegend nicht nachhaltig: 20 bis 40 % der Böden (je nach Statistik, je nach Definition) sind jetzt schon degradiert, d.h. ihre Qualität ist deutlich verschlechtert bis zerstört. Dabei fängt die zerstörerische Wirkung der Klimaänderungen erst an. Die für die Bewässerung vorgesehenen Wasserreserven gehen mit großer Geschwindigkeit zur Neige, vor allem die sogenannten fossilen Grundwasserreserven, die sich in Jahrgangtausenden gebildet haben.

Gleichzeitig werden auf Drängen der WTO und der reichen Länder - im Rahmen des Dogmas Freihandel - die Nahrungsmittelmärkte für die internationale Konkurrenz geöffnet. Einheimische Kleinbauern werden immer stärker in die Konkurrenz gezogen gegen die Importe seitens der hoch subventionierten, hoch technisierten, hoch chemisierten, hoch produktiven Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne. Kein Wunder, dass sich die frühere Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, z.B. in vielen Ländern in Subsahara-Afrika, heute in einen großen Nahrungsmittel-Importüberschuss gewandelt hat. Gleichzeitig werden afrikanische Länder mit Strafzöllen und der Aussperrung ihrer Produkte bedroht, gerade von der EU, für den Fall, dass sie die rigorosen Freihandelsexzesse nicht mitmachen wollen: Mit den Ökonomischen Partnerschaftsabkommen (EPA), die die EU mit den 79 AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten, in etwa die früheren Kolonien) derzeit verhandelt, soll deren bisher bevorzugter Marktzugang zur EU gestoppt werden. Stattdessen sollen die EPAs noch über WTO-Standard hinaus gehen: mehr Marktöffnung in den AKP-Staaten, mehr Investitionssicherung, mehr Rohstoffzugang und ein lukrativeres Patentwesen für die EU-Konzerne.

Die Lage der Kleinbauern in den armen Ländern wird seit einigen Jahren durch **Landgrabbing** (= Landnahme, Landklau) weiter verschärft. Ausländische Investoren kaufen oder pachten von der jeweiligen Regierung riesige Landflächen, meistens gute Böden, für Agrarprojekte (häufig Energiepflanzen), die mit nachhaltiger Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung nichts zu tun haben. Landgrabber zerstören die Umwelt, die herkömmliche Landwirtschaft, das ländliche Kleingewerbe. Die Folgen sind häufig schwerste Landkonflikte und Vertreibungen. In vielen Fällen handelt es sich auch um Wassergrabbing, weil die Bewässerung bevorzugt zu diesen

großen Agrarprojekten umgeleitet wird. Etwa 3 bis 10 % der weltweiten Ackerfläche gingen schon an Landgrabber, über noch mehr laufen Verhandlungen.

Die frühere, von der National- und erst recht von der Weltökonomie abgekapselte, relativ stabile Subsistenzwirtschaft auf dem Land gibt es immer weniger, eine Folge von Globalisierung, Freihandel, Neoliberalismus. Es steht zu befürchten, dass sich hier ein riesiges Desaster der Existenzzerstörung entwickelt: durch unmittelbare Vertreibung (Landgrabbing) oder durch mittelbare Vertreibung aufgrund der fortschreitenden Bodendegradierung und der übermächtigen Konkurrenz seitens der Agrarkonzerne. Es findet eine Art ursprüngliche Akkumulation (Marx) statt. Hunderte Millionen Kleinbauern allein in Afrika werden dem Ruin anheimfallen (IWE 2015). Das verstärkt massiv die aufgrund des Bevölkerungswachstums eh schon anhaltende Wanderung vom Land in die Stadt. Und es mündet in ein Anwachsen der Slums, der Hoffnungslosigkeit. Mehr als 40 % der Stadtbewohner in armen Ländern wohnen in Slums, in Afrika doppelt so viele.

Rohstoffreichtum und Industrialisierung: Der an sich naheliegende Ausweg wäre, jedenfalls für rohstoffreiche Länder: Die (landwirtschaftlichen oder mineralischen) Rohstoffe nutzen und eine weiterverarbeitende Industrie drum herum aufbauen, dadurch die Industrialisierung einleiten und die Bevölkerungswanderung vom Land in die Stadt auffangen. Das ist der chinesische Weg, und wegen der riesigen in die Stadt strömenden Menschenmengen braucht China so riesige Wachstumsraten. Aber in den meisten Ländern klappt diese Strategie nicht. Sogar den Opec-Ländern gelingt es erst neuerdings und nur in Ansätzen und nur einigen von ihnen, eine große Mineralölverarbeitung und Chemieindustrie aufzubauen. Weit überwiegend geschieht die Weiterverarbeitung von Agrargütern, Erzen und Brennstoffen in den reichen Ländern. Das ist auch das erklärte Ziel der reichen Länder in den Handelsverträgen: den Zugang zu den Rohstoffen weit öffnen, während eine Weiterverarbeitung in den Rohstoffländern behindert wird.

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO stellt fest, dass der steigende Wettbewerbsdruck aus konkurrenzstarken Ländern (mittlerweile auch aus China) und der freie Handelszugang zum Binnenmarkt (das WTO-Dogma) nicht nur den Aufbau industrieller Arbeitsplätze erschweren, sondern diese sogar zerstören. Die Konsequenzen sind zweierlei: Zum einen eine weiterhin hohe und oft sogar noch steigende **Rohstoffabhängigkeit der Exporte** der Entwicklungsländer. Industrielle Arbeitsplätze würden die Chance auf den Export von verarbeiteten Waren mit stabilerer Nachfrage als die preislich und mengenmäßig sehr stark schwankende Rohstoffnachfrage bieten und damit die Aussicht auf ein Stück weniger Abhängigkeit vom Weltmarkt. Aber solche Arbeitsplätze, sowieso viel zu wenige, entstehen im internationalen Rahmen immer weniger gleichmäßig auf die Länder verteilt und stattdessen immer mehr konzentriert an konkurrenzstarken Standorten. Und insbesondere entstehen die industriellen Arbeitsplätze weniger bei genuin einheimischen Unternehmen (die sind zu konkurrenzschwach), sondern viel mehr bei Ablegern und Töchtern ausländischer Konzerne - ein weiteres Stück Weltmarkt- und Auslandsabhängigkeit. Über die ganze Welt verstreut liegen hochproduktive Inseln in einem weltweiten Meer des Desasters.

Das zweite Charakteristikum der Wirtschaft von vielen armen Ländern heute (jenseits

der Landwirtschaft) ist eine **Deindustrialisierung**, schon bevor die Industrialisierung richtig erreicht wurde. Der Anteil industrieller Arbeitsplätze geht in vielen sehr armen Ländern laut ILO, obwohl erst auf einem noch sehr niedrigen Niveau angelangt, schon wieder zurück. Den jungen Slumbewohnern bleiben nur informelle Beschäftigungen, ohne Vertrag, ohne Versicherung, ohne angemessene Bezahlung: als Schuhputzer, Müllverwerter, ambulanter Kleinhändler auf der Straße, Tagelöhner. In Südasien und im subsaharischen Afrika befinden sich 75 % aller Beschäftigten in dieser Lage (Das hat bizarre Auswüchse: Die Behörden in Uttar Pradesh (Indien) boten 368 Jobs für Laufburschen in den Amtsstuben an und erhielten 2,3 Millionen Bewerbungen, darunter von 25.000 Uni-Absolventen (SZ, 5. 10. 2015)). Weltweit sind heute schon bis zu 300 Millionen junge Menschen arbeitslos oder haben keine produktive, auskömmliche Arbeit. Diese Zahlen können laut UNDP in den nächsten Jahrzehnten womöglich noch drastisch anwachsen. Es gibt also ungeheuer viele Menschen, deren Arbeit diese kapitalistische Weltwirtschaft nicht bereit ist, auskömmlich zu bezahlen – und für deren Arbeitsfähigkeit sie keine profitbringende Verwendung hat. Die Zunahme des Dienstleistungssektors in der Statistik in armen Ländern – mal abgesehen von der Frage, ob eine Deindustrialisierung zugunsten einer Dienstleistungsgesellschaft überhaupt so unbedingt anzustreben ist (Vor allem seit den Erfahrungen aus der Krise 2008, die die Länder mit hohem Industrieanteil besser überstanden, sieht die heutige Diskussion die frühere Dienstleistungs-Euphorie eher skeptisch.) – ist daher keineswegs ein Hinweis auf eine erfolgreiche Entwicklung hin zu einer modernen Gesellschaft, auf das Überwinden industrieller Monotonie, sondern sie ist ganz im Gegenteil gerade der Hinweis auf ein Nicht-vorwärts-kommen, auf einen Rückgang des Agrarsektors bei nicht vorhandener Anschlussentwicklung.

Unter diesen Umständen sind die Aussichten, ein gutes Leben zu erreichen, richtig schlecht und womöglich schlechter als in der Vergangenheit, jedenfalls für einen großen und für den bedürftigen Teil der Menschen in den armen Ländern. Dass unter diesen Umständen eine Wanderungsbewegung einsetzt hin zum besser erwarteten Leben in den reichen Ländern, darüber muss man sich wirklich nicht wundern. Wobei die wenigen Millionen, die es überhaupt in die reichen Regionen Europa und Nordamerika schaffen, allenfalls die kleine sichtbare Spitze einer riesigen Menschenmenge sind, die an Armut und Verelendung, am Terror der Ökonomie leidet – sie leidet an Umständen, die wesentlich von den Reichen der Welt bewirkt wurden. Die Klimaänderungen, von denen die armen Länder viel mehr betroffen sein werden als die reichen Länder, werden zukünftig noch ihr übriges dazu tun.

Die reichen Länder

Während des Großteils des 20. Jahrhunderts – bis in die 1970er Jahre – erfuhren die Menschen in vielen reichen Ländern überwiegend eine Einkommensvergleichmäßigung. Diese Entwicklung mündete in einen bis dahin nicht gekannten materiellen Wohlstand (Konsumgüter) und in stabile wirtschaftliche Existenzbedingungen für breite Bevölkerungsschichten. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte mit einem sozial ziemlich gut gesicherten Arbeitsleben rechnen und eine gute Zukunft für die Nachkommen erwarten. (Es wäre allerdings interessant, herauszufinden, wie viel von diesem Zuwachs auf Kolonialisierung, Ausbeutung, ungleichen Tausch mit den zurück bleibenden Entwicklungsländern beruht.)

Mitte dieses Jahrhunderts wurde aus dieser Entwicklung eine Theorie geformt (Kuznets), nach der sich die Einkommensverteilung in hoch entwickelten Gesellschaften immer mehr nivellieren und vergleichmäßigen soll. Die wenig produktiven Tätigkeiten in der Landwirtschaft verschwinden, die meisten Beschäftigten sind gut ausgebildet und üben qualifizierte Tätigkeiten aus, der Staat hat genügend Finanzmittel für eine aktive Umverteilungspolitik zugunsten der verbleibenden Schwächeren, was zu mehr Einkommensgleichheit führt.

Diese Theorie führt jedenfalls seit den 1970er Jahren in die Irre. Gerade in den reichen Ländern verschärfen sich die Einkommensverteilungen, nicht extrem schnell, aber kontinuierlich. Unter allen untersuchten Ländergruppen ist die Ungleichentwicklung in den reichen Ländern in den letzten Jahrzehnten der am meisten systematische, der stetigste und der mit den wenigsten Ausnahmen festzustellende Trend in der Einkommensverteilung. Während das Top 1 % riesige Zuwächse einheimsen kann, verlieren die unteren Einkommensgruppen oft sogar real an Einkommen. Die Mittelschichten dünnen aus (definiert als die Gruppe, die z.B. zwischen der Hälfte und dem Doppelten des Durchschnittseinkommens erreicht).

Ist ein Trendbruch zu erkennen, der die Verungleichmäßigung in den reichen Ländern stoppt und die Einkommensspaltung wieder verringert? Nein, zumindest nicht ohne radikale Änderung der Politik. Es ist vielmehr das Gegenteil zu erwarten: Unter dem Schlagwort Industrie 4.0 wird, zunächst in den reichen Ländern, ein tiefgehender Umbruch in der Wirtschaft erwartet, verbunden mit einem riesigen Rationalisierungszuwachs - nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungsgewerbe. Es geht um die Maschinisierung der Wissensarbeit, und das betrifft auf Dauer auch z.B. Banker, Anwälte, Ärzte, Journalisten, Steuerberater usw. Ein breit angelegter Jobverlust ist keineswegs auszuschließen, sondern vielmehr zu erwarten. Der eh schon starke Trend zu prekären Arbeitsplätzen, zur Pseudo-Selbständigkeit (In den USA agieren 40 % der Beschäftigten in irgendeiner Form der Pseudo-Selbständigkeit (SZ, 26. 9. 2015)), zum Abbau der arbeitsvertraglichen und der sozialen Sicherheiten, zur lückenlosen Kontrolle der Arbeitsleistung auf eventuell verträdelte, unproduktiv verbrauchte Zeit und damit der Trend zu einer neuen Stufe endloser Arbeitsverdichtung, zur Zunahme von psychischen Belastungen - dieser Trend wird durch Industrie 4.0 sicher nicht gebremst, sondern noch weiter angeheizt. Das ist das direkte Gegenstück zur informellen und ungesicherten Beschäftigung in den armen Ländern. Industrie 4.0, also die zukünftig zu erwartenden Rationalisierungsschübe in den reichen Ländern, bedeuten jedenfalls ein hohes Risiko für Einkommen, Verteilung und Wohlstand.

Die Übermacht des Kapitals - der Kern des Problems



Grafik 3 zeigt für die großen reichen Länder (G7), wie viel von der volkswirtschaftlichen Profitsumme in Sachinvestitionen investiert wird (Nettoinvestitionen in Produktionsanlagen). Dieser Anteil sinkt seit den 1970er Jahren beständig, besonders stark in Deutschland. Die laufend steigende Marktmacht des Kapitals hat es den Konzernen erlaubt, die Lohnanteile zugunsten ihrer Profite so weit zu drücken, dass die kaufkräftige Nachfrage weit zurück gegangen ist, so dass heute

nur noch ein sehr kleiner Teil der Profite für neue Sachanlagen aufgewendet werden muss. Mehr Investitionen würden zu heillosen Überkapazitäten führen. Der Überschuss an in der Realwirtschaft nicht benötigten Profiteinkommen hat sein Gegenstück in der Arbeitslosigkeit, dem Überschuss an nicht benötigten Arbeitskräften. Das ist alles ein Ausdruck der chronischen und weiter zunehmenden Überproduktion in der Welt: mehr (potentielles) Angebot als die kaufkräftige Nachfrage absorbieren kann und will. Der große Rest der Profitsumme ist in der Realwirtschaft überschüssig - laufend höhere Profitanteile stehen daher für reine Finanzinvestitionen und Spekulationswetten zur Verfügung. Das läuft unmittelbar parallel, ist faktisch gleich bedeutend mit einer permanent fortschreitenden Umverteilung zugunsten der Reichen, der Kapitaleigner. Die OECD schreibt: "Kapitaleinkünfte und Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sind sehr ungleich verteilt, und die hier bestehenden Disparitäten haben sich in den letzten zehn Jahren weiter verschärft. Diese Trends sind eine der Hauptursachen der zunehmenden Einkommensungleichheit". Und, das gilt es hinzuzufügen: Auch die Hauptursache für die Finanzkrisen und die daraus folgenden riesigen Lasten für den Staatshaushalt.

Hier liegt der Kern für die Ungleichverteilung in der Welt. Dieses Hauptproblem verlangt nach einer fundamentalen Änderung der Politik.

4. **Fazit zur herrschenden Politik: Den Wohlstand nicht teilen - die Armen ausgrenzen**

Das traditionelle Bild - hier die reichen Länder voll mit Wohlstandsbürgern, dort die armen Länder, die immer ärmer werden und denen wir Brosamen spenden sollen - das stimmt so pauschal heute noch viel weniger als früher. Es ist viel komplexer geworden. Superreichtum nistet sich an vielen Stellen ein, alte Armut überdauert und neue Armut unterwandert alle Länder. Die Spaltung der Gesellschaften in arm und reich ist in sehr vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten tiefer geworden. Dieser Trend ist insbesondere in den reichen Ländern zu beobachten. Und auch wenn manche Länder aufgeholt haben (allerdings zu einem hohen Preis, was die Verteilungsgerechtigkeit und die Umwelt betrifft), so werden viele andere arme, schwache und kleine Länder nicht die Möglichkeit haben oder irgendwann erhalten, dem nachzueifern. Die Verteilung der Einkommen in der Weltwirtschaft ist also in manchen Aspekten durchaus besser geworden in den letzten Jahrzehnten, aber generell ist sie viel eher auf eine andere Art schlecht und vor allem perspektivisch viel gefährlicher geworden als früher.

Und diese gefährliche Tendenz dürfte künftig noch zunehmen: Die Konkurrenz um Arbeitsplätze, um eine Teilhabe am auskömmlichen Leben, um das Mitgenießen des riesigen jährlich neu produzierten Reichtums - diese Konkurrenz dürfte allenthalben härter werden. Die **marktradikale Ideologie** und ihre Versatzstücke, die sich seit Jahrzehnten im Vormarsch befinden, nämlich

- dass Märkte grundsätzlich bessere Ergebnisse zeitigen als staatliches Handeln, trotz der täglichen Erfahrung ununterbrochen auftretender schwerster Marktfehler und übelster Betrügereien aus reiner Profitgier,
- dass unternehmerisches profitorientiertes Handeln selbstverständlich effizienter ist (d.h. wohlstandsfördernder) als eine demokratische Beschlussfassung über

wirtschaftliche Ziele,

- dass Demokratie gut und schön ist, sich aber an den Notwendigkeiten der Märkte orientieren muss, also "marktkonforme" (Merkel) Demokratie zu sein hat,
- dass soziale Ausgaben jeglicher Art, auch der lästige Aufwand für die Pflege alter Leute, auf alle Fälle da ihre Grenze haben, wo die internationale Konkurrenzfähigkeit, also die Fähigkeit und die Rahmenbedingungen der Konzerne zur Profitmaximierung, gefährdet sind,
- dass Zukunftsvorsorge, zum Beispiel und insbesondere der Klimaschutz, höchstens in dem Maß gerechtfertigt werden kann, wie die Anstrengungen des Nachbarn ausfallen,
- dass es von höchster Bedeutung ist, die eigenen (eigensüchtigen) Regeln für den internationalen Austausch (TTIP) den anderen aufzuzwingen (dabei auch den Konzernen einen juristischen Sonderstatus über den Staaten einzuräumen), weil dasselbe sonst (tatsächlich?) die anderen machen (die Chinesen),
- dass es ganz selbstverständlich ist (d.h. in jahrzehntelanger Grundgesetz-Uminterpretation geworden ist), rein wirtschaftliche Interessen (Rohstoffzugang, Absatzgebiete) als militärisch bedeutsam anzusehen und also diesbezügliche Beeinträchtigungen als militärische Bedrohung einzustufen, auf die mit Waffengewalt reagiert werden muss, mindestens mit der ebenso bedenkenlosen wie profitablen Aufrüstung befreundeter Diktatoren,
- dass eine Verantwortung für Fluchtursachen wie Aufrüstung, Krieg und Bürgerkrieg; die Zerstörung der Umwelt und der Existenzen durch die Klimaänderungen; die Verarmung aufgrund wirtschaftlicher Ausbeutung und aufgezwungener (Handels-)Verträge nie und nimmer akzeptiert werden dürfen, denn schließlich ist jeder seines eigenen Glückes Schmied, wie die wichtigste Erkenntnis aus 200 Jahren Markttheorie lautet,
- dass man unmöglich das Sozialamt der Welt sein kann (und womöglich ein bisschen was von der Ausbeutung durch wirtschaftliche Überlegenheit und unfairer Handel zurück geben muss) und also Wirtschaftsflüchtlinge zurück weisen muss,
- dass Länder, deren Bevölkerungen ausbrechen wollen aus dem kapitalistischen Konkurrenz- und Profittrieb, wie etwa Griechenland, Venezuela, Kuba oder auch die Sowjetunion, nach allen Regeln der Kunst unter wirtschaftlichen Druck und ggfs. militärischen Terror gesetzt werden müssen, um sie zur Raison, also zur Aufgabe dieses Weges zu bringen,

diese menschenfeindliche Ideologie mit all ihren Facetten und Ausuferungen ist hervorragend dazu geeignet, die Zunahme der Konkurrenz zu rechtfertigen, positiv darzustellen und die Leute darauf zu konditionieren. Es fällt dann auch nicht mehr schwer, in diesem System nicht brauchbare, nicht funktionierende, überschüssige Menschen auszugrenzen und abzuschieben:

- in steigende (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, in prekäre und informelle, ungesicherte Tätigkeiten, in andauernde Existenzangst,
- durch Vertreibung von Grund und Boden, aus Haus und Hof, aus den modernisierten und teuer gemachten Stadtvierteln, rein in Slums und Ghettos, in Trabantenstädte und Banlieues, in die Sammelpunkte für die Unbrauchbaren,
- durch Einsperren ins Gefängnis (hier sind die USA absoluter Vorreiter),
- durch den Bau von Zäunen, Mauern, Stacheldraht (USA, Ungarn, Spanien und viele andere), den klassischen Ausgrenzungssymbolen,

- nicht zu vergessen: die Neutralisierung und Zerstörung der Lebenskraft und der Schaffensfreude der Menschen durch systematische Überforderung, die in psychischer Vereinsamung, Verelendung, Erschöpfung und Resignation mündet, in ausuferndem Medikamenten- und Drogenmissbrauch, aber auch in der Neigung zu Aggression und Gewalt.

In Gesellschaften in der Krise wenden sich die desillusionierten, desinformierten, hoffnungslosen Menschen häufig einem politischen Rechtstrend zu, eine Hinwendung Richtung Rassenhass und Faschismus. Oder sie ziehen sich zurück in einen sehr übersichtlichen religiösen Fundamentalismus. Das ist ja auch durchaus eine logische Konsequenz aus der geschilderten menschenfeindlichen Ideologie. Umso wichtiger ist es, gegen die wirtschaftliche Ungleichheit und ihre Auswirkungen anzugehen und das Bewusstsein zu pflegen, dass eine andere Welt möglich ist, und die Phantasie dafür zu wecken, wie sie zusammen erbaut werden kann.

Es wäre ja schon einiges gewonnen, wenn die reichen Länder die Marktmacht ihrer Konzerne eingrenzen, die Knebelungs-Handelsverträge aufheben, auf militärische Drohungen verzichten, den Terror der Klimazerstörung beenden und stattdessen z.B. die WTO oder die Unctad für Verhandlungen nutzen würden, um soziale und Umweltaspekte in internationale Handels- und Entwicklungsverträge einzubringen und mit den armen Ländern deren wirtschaftliche Perspektiven zu verbessern. Und in den eigenen Ländern eine grundlegende Steuerreform zulasten der marodierenden Finanzüberschüsse einleiten. Es könnte der Beginn einer besseren Welt werden.

Quellen:

- IWE - Institut für Welternährung: Unter falscher Flagge? Entwicklungspolitik der New Alliance, Juni 2015
- Schüller Margot: Chinas Industriepolitik: auf dem Wege zu einem neuen Erfolgsmodell? In: WSI-Mitteilungen, Heft 7/2015, S. 542-549
- SZ - Süddeutsche Zeitung: Keine Angst vor Zombies, 26. 9. 2015
- SZ - Süddeutsche Zeitung: Ein Subkontinent auf Jobsuche, 5. 10. 2015
- SZ - Süddeutsche Zeitung: India's Stunted Children, 23. 10. 2015 (übernommen aus der New York Times)
- SZ - Süddeutsche Zeitung: Ungleichheit wird noch größer, 2. 11. 2015
- Alle anderen Angaben belegt in: isw-forschungsheft 5: Globale Einkommensverteilung. Entwicklung seit 1980 und Perspektiven, November 2015.